Saar-Zeitung

1872

Organ der Zentrumspartei für den Saargau

DISSIPAT ATQUE FOVET

Tage- und Anzeigenblatt für Handel u. Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4,00 Frs. Mit der Post bezogen 4,00 Frs. Zeilenpreise: Die 6gespaltene m/m. Zeile, 28 m/m. breit, 0,25 Frs., für Deutschland 0,20 Frs., umgerechnet zum Tageskurs, Ausland [illegible] breite Reklamezeile 0,60 Frs.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. In Saarlouis die Geschäftsstelle, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 86. Postfach 59.

Nr. 30. Saarlouis, Dienstag, den 19. Februar 1924. 53. Jahrgang.

Die Endarbeiten der Sachverständigen-Ausschüsse.

Fortschreitende Klärung der Lage in der Pfalz. — Rücktritt Dr. v. Kahrs.

Dr. Schacht in Paris.

ff. Paris, 18. Febr. Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern von London kommend, wo er, wie bereits berichtet, mehrere wichtige Besprechungen mit den Citykreisen hatte, in Paris eingetroffen. Ueber seine Londoner Reise berichtet heute das Petit Journal, er habe dort mit der englischen Regierung wegen der 26prozentigen Ausfuhrabgabe verhandelt. Ferner soll er dargestellt haben, daß Deutschland gegenwärtig weder diese Ausfuhrabgabe noch die Besatzungskosten zahlen könnte. Diese beiden Fragen bildeten ferner einen Bestandteil des Reparationsproblems und seien unmöglich von dem Gesamtfragenkomplex zu trennen. Die Chicago Tribune glaubt zu wissen, daß Dr. Schacht in London kurzfristige Darlehen von Londoner Banken für die deutsche Industrie erreicht habe und zwar bis zu der bevorstehenden Regelung der Reparationsfrage mit den Alliierten. Demgegenüber wird in Paris betont, daß eine Lösung des Reparationsproblems zunächst nicht, d. h. nicht vor den französischen Wahlen, zu erwarten sei. Macdonald wolle auch unbedingt zunächst dieses Ergebnis abwarten. Was die Haltung Frankreichs gegenüber der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde anbetrifft, so scheint sich nach dem gleichen Blatte hier ein Wandel vorzubereiten. Frankreich stände dem Beitritt Deutschlands nicht mehr so schroff gegenüber wie bisher, doch müsse gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß diese Frage vor der Septembertagung des Völkerbundes garnicht behandelt werden könnte.

Neues Arbeiten der Sachverständigenausschüsse.

wtb. Paris, 18. Febr. Die beiden Sachverständigenausschüsse haben heute Vormittag ihre Arbeiten wieder aufgenommen.

Der 1. Ausschuß, der unter dem Vorsitz des Generals Dawes steht, hat von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags getagt, und die während des Aufenthaltes in Deutschland erzielten Ergebnisse zusammengestellt und eine allgemeine Diskussion eingeleitet. Er hat beschlossen, das Studium der Eisenbahnfrage dem Unterausschuß zu übertragen, der bis jetzt sich mit den Bank- und Währungsfragen beschäftigte und dessen Arbeiten fast beendet sind. Dieser Unterausschuß ist nachmittags 3 Uhr zusammengetreten, um einen Vortrag des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht anzuhören über die Gründung der deutschen Goldnotenbank. Der Unterausschuß, der sich mit dem Ausgleich des deutschen Budgets beschäftigt, wird ebenfalls morgen nachmittag 3 Uhr eine neue Besprechung mit Dr. Schacht haben.

Der 2. Sachverständigenausschuß, der unter dem Vorsitz Mac Kennas steht, hat von 10 Uhr vormittags bis nachts 12 Uhr getagt. Seine Mitglieder haben Kenntnis von einzelnen Berichten, die verschiedene Mitglieder ausgearbeitet haben, und sie haben alsdann die Ziffern geprüft, die die Sachverständigen über die deutsche Kapitalflucht zusammengetragen haben. Der zweite Sachverständigenausschuß wird sich zu einer Plenarsitzung morgen vormittag ebenfalls wieder versammeln.

Vom Auswärtigen Ausschuß des Reichstages.

ff. Berlin, 18. Febr. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der heute Nachmittag wieder zusammentrat, eröffnete der Reichsminister des Aeußern, Dr. Stresemann, die Aussprache mit ausführlichen Darlegungen über die außenpolitischen Verhandlungen. Er behandelte zunächst den Verlauf der Beratungen mit den Sachverständigen sowie das Problem des gegenwärtigen Standes der Micumverträge. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen berührte er die Frage der Besatzungskosten und des Recovery-Akt, die Stellung Deutschlands zum Völkerbund, sowie die Verhandlungslage über einen Modus vivendi indezug auf Rhein und Ruhr und wies dabei auf die Neuregelung in der Pfalz hin. Es folgte die Aussprache, an der sich die Vertreter der großen Parteien beteiligten.

Zur Lage in Speyer.

wtb. Berlin, 18. Febr. Das Berliner Tageblatt meldet aus Speyer: Der Aufruf des Kreisausschusses über die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Rheinlandkommission löste eine allgemeine Spannung in allen Schichten der Bevölkerung aus. Auf den Straßen steht freudig die erregte Menschenmenge, die darauf wartet, daß auch der letzte Rest der Separatisten abziehe. Die Separatisten beriefen ihre Anhänger nach Speyer, wo sie anscheinend weitere Instruktionen der Besatzungsmächte abwarten. Ueber die Frage des Abzuges der Separatisten fanden Verhandlungen zwischen den Mitgliedern des Kreisausschusses und General De Metz statt.

wtb. London, 18. Febr. Der Sonderberichterstatter der Times in Speyer schreibt zu der von der interalliierten Kommission und dem Ausschuß des pfälzischen Kreistages beschlossenen Lösung, daß das Gefühl der Erleichterung, das bei allen ehrlich denkenden Menschen herrsche, gehemmt werde durch das Gefühl der Besorgnis. Die Regelung sei ein gefährliches Kompromiß, aber es habe eben angesichts der Lage angenommen werden müssen. Der Zusammenbruch der autonomen Regierung sei der 5. Fehlschlag der Versuche, irgend eine Form der Lostrennung der Pfalz zustande zu bringen. Damit er nicht auch noch einen sechsten Versuch einleite, müsse der Sonderausschuß in kurzer Zeit zurückkehren, um das begonnene Werk zu vollenden und den Kreistag von einem Amte zu befreien, daß er selbst beiseite zu legen wünsche, wo die Notzeit ende. Man nehme an, daß innerhalb zwei Wochen die Separatisten völlig verschwunden seien und die von ihnen ausgewiesenen Beamten ihre Aemter wieder übernommen haben werden. Es bestehe aber, keine Garantie dafür als die Hoffnung auf den guten Willen der Franzosen.

Abzug der Separatisten.

Die französische „Neutralität" bei den innerdeutschen Vorkommnissen.

wtb. Kaiserslautern, 18. Febr. In der Nacht zum Sonntag haben die Separatisten die Stadt verlassen. Die Beamten des Bezirks- und des Finanzamtes haben ihren Dienst wieder aufgenommen. Am Sonntag nachmittag wurde die deutsche Polizei von der Besatzungsbehörde aufgelöst und entwaffnet. — Auch aus Frankenthal, Kirchheim-Bolanden und Neustadt - Haardt sind die Separatisten in der Nacht zum Sonntag abgezogen.

wtb. Paris, 18. Febr. Wie aus Koblenz berichtet wird, hat die französische Militärpolizei einen Studenten namens Kettler wegen Mittäterschaft bei einem gegen den Bürgermeister von Boxheim in der Pfalz begangenen Attentat verhaftet. Die Militärpolizei habe Freitag und Samstag in Verbindung mit den Vorkommnissen in Pirmasens zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. In Kaiserslautern wurde der Polizeipräsident mit zwei Polizisten verhaftet. Außerdem seien Sonntag vormittag in Pirmasens weitere sechs Personen festgenommen worden.

wtb. Pirmasens, 18. Febr. 28 Bürger, darunter Amtsgerichtsrat Müller und 5 Industrielle, wurden von den Franzosen verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Das gegenüber dem Bezirksamt gelegene Haus des Fabrikanten König wurde von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt und ein Posten davor gestellt, weil beim Vertreiben der Separatisten aus diesem Hause geschossen worden sein soll.

wtb. Pirmasens, 18. Febr. Von den Franzosen sind etwa 60 Personen verhaftet worden. Die Verhaftungen stehen zweifellos im Zusammenhang mit den Unruhen. Die Polizei ist entwaffnet worden, muß aber in Begleitung von Marokkanern Streckendienst tun.

wtb. Ludwigshafen, 18. Febr. Das Spezialkomitee der Rheinlandkommission wird lt. „Pfälz. Rundschau" heute wieder abreisen, nachdem es seine Tätigkeit als beendigt ansieht. Die weiteren Verhandlungen werden geführt mit dem Herrn General de Metz.

wtb. Mannheim, 18. Febr. In der Nacht zum Sonntag sind die Separatisten aus Rockenhausen abgezogen.

wtb. Köln, 18. Febr. Nach einer Meldung der [illegible] Zeitung aus Kreuznach sind auch dort die Son[illegible] verschwunden. Der Ortskommissar ist gleichfalls abg[illegible].

Die Pfalzkundgebung in München.

wtb. München, 18. Febr. Im Odeonsaale fand in Gegenwart sämtlicher Staatsminister außer dem erkrankten Minister v. Knilling, der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Vertreter der Reichsbehörden sowie von Vertretern von Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie die Pfalzkundgebung statt. Der bekannte Historiker Professor Oncken gedachte der Bedeutung des Tages und legte in warmen Worten ein Treugelöbnis zur bayrischen und deutschen Pfalz ab. An Hand historischen Materials zerstörte er die Legende von der französischen Sympathie für die Pfalzbevölkerung. Die Pfalz wäre für uns verloren, sobald ihr hundertjähriger Zusammenhang mit Bayern zerstört wäre. Mit dem Gesange des Deutschlandliedes schloß die Feier.

Rücktritt Kahrs und Lossows.

ff. München, 18. Febr. Der bayrische Generalstaatskommissar, Dr. v. Kahr, hat sein Amt mit einem Schreiben an die Staatsregierung in die Hände des Gesamtministeriums zurückgegeben. Gleichzeitig mit ihm hat auch der bayrische Wehrkreiskommandant General v. Lossow, seinen Abschied eingereicht. Der Kommandeur der bayrischen Landespolizei, Oberst v. Seißer, bleibt auf seinem Posten.

Das Generalstaatskommissariat gibt bekannt: Der Landtag hat in diesen Tagen mit der Staatsregierung eine Regelung vereinbart, die in die vollziehende Gewalt tief eingreift und eine Teilung derselben zwischen Generalstaatskommissariat und Staatsministerium vorsieht. Diese Teilung der vollziehenden Gewalt hält der Staatskommissar für praktisch undurchführbar und vom Standpunkte der Sicherheit des Landes aus für höchst bedenklich. Unter diesen Umständen kann der Generalstaatskommissar die Verantwortung für die Fortführung des ihm am 26. Dezember 1923 anvertrauten Amtes nicht mehr tragen. Er hat sich daher veranlaßt gesehen, dieses Amt am 17. Februar in die Hände des Gesamtministeriums zurückzugeben. Dr. v. Kahr hat in dem Schreiben an die bayrische Staatsregierung dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die scharfen Gegensätze, die heute noch unser öffentliches Leben erschüttern, sich allmählich ausgleichen möchten, und daß sich alle nationalen Kreise über Persönliches hinweg im Dienste für den Staat auf dem Wege zusammenfinden, der zur Wiedergesundung und Erstarkung des deutschen Volkes und zu einer glücklicheren Zukunft unseres bayrischen und deutschen Vaterlandes führen möge, denn der einzelne Staatsbürger könne sein wahres Glück nur im Glück des Staates finden.

Oberleutnant Roßbach verhaftet.

wtb. Berlin, 18. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Wien wurde der wegen Teilnahme am Hitlerputsche steckbrieflich verfolgte Oberleutnant Roßbach gestern in Wien als er einer Zusammenkunft deutschvölkischer Vertrauensmänner beiwohnte, verhaftet. Es wurden bei ihm falsche Legitimationspapiere gefunden. Er soll ausgewiesen und über die Grenze geschafft werden.

Eisenbahnunglück infolge Einsturzes einer Eisenbahnüberführung.

wtb. Berlin, 18. Febr. Der Lokalanzeiger meldet aus Lichtenfels: Kurz vor 12 Uhr mittags stürzte in Ludwigsstadt auf der Strecke Nürnberg—Saalfeld—Berlin die Eisenbahnüberführung in dem Augenblick, als ein Eilgüterzug darüber fuhr, ein. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet. Von den unter der Brücke befindlichen Wohnhäusern sollen zwei beschädigt sein. Ein Wagen des Eilgüterzuges soll auf einem der Häuser hängen. Der Materialschaden ist sehr groß, da die Maschine und 67 Achsen in die Tiefe stürzten.

wtb. Koburg, 18. Febr. Zu dem Eisenbahnunglück bei Ludwigsstadt wird noch gemeldet, daß mehrere Wagen des Zuges in Brand gerieten. Drei Häuser, auf die die Wagen fielen, sind vollständig zerstört. Sie bilden ein einziges Trümmerfeld. An Toten sind bisher gemeldet der